

Andrea Lüthi, SP-JUSO, Wynigen

Marc Früh, UDF; Lamboing

Niklaus Gfeller, EVP, Worb

Blaise Kropf, Grüne, Bern

Christoph Stalder, FDP, Bern

Daniel Kast, CVP, Bern

## Motion

### Bekämpfung der Armut im Kanton Bern

Der Regierungsrat wird aufgefordert, einen Massnahmenplan zur Bekämpfung der Armut zu erarbeiten.

#### Begründung:

Die Armut in der Schweiz und im Kanton Bern nimmt zu. Mit der raschen Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Zahl von ausgesteuerten Menschen steigt das Armutsrisiko gegenwärtig stark an, wie die Caritas Schweiz in ihren Publikationen aufzeigt. Es ist davon auszugehen, dass die Zahl der Menschen, die Sozialhilfe beanspruchen müssen, in den nächsten Jahren ebenfalls stark zunehmen wird. Die Armutsproblematik wird sich verschärfen, die Sozialhilfeausgaben von Gemeinden und Kanton entsprechend anwachsen.

Die Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF hat dieses Problem erkannt und Ende 2008 den sehr aussagekräftigen, zweibändigen „Sozialbericht 2008“ veröffentlicht. Der erste Band umfasst Zahlen, Fakten und Analysen zur Situation im Kanton Bern. Der zweite Band gibt der Armut ein Gesicht, indem Betroffene porträtiert werden und zu Wort kommen.

In der Folge fand am 22. Juni 2009 der 1. Berner Sozialgipfel statt, an welchem sich Vertreter und Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft und Fachstellen austauschten und in verschiedenen Workshops Massnahmen zur Bekämpfung der Armut diskutierten.

Die GEF will die Armut innerhalb 10 Jahren – also bis 2019 – halbieren und hat daher im Dezember 2009 einen ersten Aktionsplan mit verschiedenen Massnahmen veröffentlicht. Wie aber gerade der Sozialbericht zeigt, ist eine effiziente Armutspolitik nur als Gesamtpolitik möglich, die über die Sozialpolitik hinausgeht und verschiedene Politikfelder umfasst (u.a. Bildungspolitik, Finanzpolitik, die Arbeitsmarktsituation, steuerliche Fragen, familienergänzende Kinderbetreuungsangebote, Migrations- und Gesundheitsthemen). Deshalb fordern die Motionärinnen und Motionäre mit Caritas Bern einen Massnahmenplan, der auf Regierungsebene verabschiedet wird und aufzeigt, wie die Armut innerhalb der nächsten 10 Jahre halbiert werden kann. Er stützt sich dabei auf die Analyse der Sozialberichterstattung der GEF. Diese soll regelmässig aktualisiert werden. Neben Massnahmen sind auch Indikatoren zu entwickeln, mit denen die Wirksamkeit der getroffenen Massnahmen überprüft werden kann.

*Es wird Dringlichkeit verlangt. Zurzeit werden das Sozialhilfegesetz und die Sozialhilfeverordnung revidiert. Grundlagen zur Existenzsicherung u.a. sind in diesen gesetzlichen Erlassen zu regeln. Zudem ist 2010 das „Europäische Jahr zur Bekämpfung der Armut und sozialer Ausgrenzung“.*

Die Motion wurde eingereicht. Siehe Medienmitteilung